

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

13.1.1931 (No. 10)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Bismarck-
Platz
Nr. 553
und 554
Telefon:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. U m e d,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM, einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Anzeigen, die als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verteilung und Kontroversen fällt der Anzeiger fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Zuschriften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Deutschland und Polen

Die polnische Note zur deutschen Beschwerde in Genf

Warschau, 13. Jan. (Tel.) Über die an das Sekretariat des Völkerbundes gefandte polnische Note, welche die polnische Antwort auf die deutsche Beschwerde in der Minderheitenfrage darstellt und aus vier Teilen und 10 Anlagen besteht, wird eine Inhaltsangabe veröffentlicht.
Danach behandelt der erste Teil der Note die grundsätzliche Rechtslage. Er bemüht sich, den Nachweis zu führen, daß der deutsche Schritt den Rahmen der Minderheitenfrage verläßt und unmittelbaren politischen Charakter trage. Im zweiten Teil werden die deutschen Klagen wegen Erschwerung deutscher Wahlbeteiligung in Ostoberschlesien der Reihe nach untersucht. Diese Ausführungen sollen dazu bestimmt sein, die deutschen Klagen auf Grund angeblich tatsächlicher zuverlässiger Unterlagen zu widerlegen. Die polnische Behauptung wird dabei wiederholt, daß die während der Wahlzeit eingetretene Erregung der Gemüter in Ostoberschlesien nur die Rückwirkung gewesen sei, welche der angebliche Terror gegenüber der durch Minderheitsverträge ungeschützten polnischen Minderheit in Deutschland auf die polnische öffentliche Meinung ausgeübt habe. Ebenso habe die von Deutschland ausgehende Bewegung gegen die Unantastbarkeit des polnischen Staats im polnischen Volk Unruhe hervorgerufen. Im dritten Teil versucht man, den Nachweis zu führen, daß die Streitfälle während der Wahlzeit den Charakter gewöhnlicher Zwischenfälle gehabt hätten, die nicht mit den Wahlgeschehnissen, z. B. in Deutschland, verglichen werden können, die eine Reihe von Opfern gefordert habe.

Prälat Ulicki über den polnischen Terror

In einer vom Verein für das Deutschtum im Ausland einberufenen Versammlung in Frankfurt am Main ergriff Reichstagsabgeordneter Prälat Ulicki das Wort zu einer, öfters durch lebhaften Beifall unterbrochenen Anklage gegen den polnischen Terror.
Er erinnerte zunächst daran, daß bei der Abstimmung im Jahre 1921 60 Prozent der Bevölkerung für Deutschland abgestimmt haben. Das Ergebnis zugunsten Deutschlands wäre noch besser ausgefallen, wenn nicht die Furcht vor dem polnischen Terror die Wähler eingeschüchelt hätte. Im weiteren Verlauf gab der Prälat ein anschauliches, zahlenmäßiges Bild von den abgetretenen Gebieten und Werten. So wurde u. a. das Kohlenvorkommen auf 57,5 Milliarden Tonnen geschätzt, wovon Deutschland nur noch 8,5 Milliarden Tonnen besitzen würde. Deutschland verlor durch den Verlust von 7 Eisenerzgruben und 5 Zinn- und Bleihütten 60 Prozent seiner gesamten Zinnerzeugung und 25 Prozent seiner gesamten Bleiproduktion. Außerdem mußten alle 24 Zinkhütten abgetreten werden. Die Steuerkraft betrage nur noch 29,9 Reichsmark pro Kopf der Bevölkerung, gegenüber einem Reichsburchschnitt von 57,2 Reichsmark.

Das Urteil im Golassowitzer Prozeß

In dem Golassowitzer Prozeß wurde in Rybnik (Polen-Oberschlesien) am Montag das Urteil gefällt. Das Gericht verurteilte die beiden Hauptangeklagten wegen Kaufhandels zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis, einen dritten, schwerbelasteten Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis und vier Nebenangeklagte zu sechs Monaten Gefängnis. Der achte Angeklagte, dessen Alibi durch Zeugenaussagen erwiesen worden war, wurde freigesprochen. Berufung wird von keiner Seite eingelegt.
Die Verhandlung, bei der die acht deutschen Bauern von Golassowitz der Tötung des Polizeikommandanten Sznaptka beschuldigt sind, endete mit einer unerwarteten Sensation. Auf Verlangen der Verteidiger befragte das Gericht die Angeklagten nach ihrer Nationalität. Unter allgemeiner Beteiligung im Zuscherraum bekannten sich drei der acht Angeklagten, darunter auch der Hauptbeschuldigte Kubia, zur polnischen Nationalität. Damit ist also der polnische Versuch, den bewährlichen Golassowitzer Kaufhandel politisch gegen die deutsche Minderheit auszuspielen, vollkommen zusammengebrochen. Der Staatsanwalt ließ daraufhin den politischen Teil der Anklage vollkommen fallen, indem er sich nur auf den Kaufhandel als solchen beschränkte.

Polnische Entschuldigungen wegen der Flieger

Die polnische Regierung hat durch ihre Gesandtschaft in Berlin wegen Überfliegung deutschen Gebietes durch polnische Militärflieger der Reichsregierung ihr Verhalten ausgesprochen.
Durch das Ergebnis der bisherigen Untersuchung sind, dem „Vol.-Anz.“ zufolge, die Polen schwer belastet. Die Untersuchungskommission hat im Gegensatz zu den Angaben des polnischen Fliegerpiloten Wolf einwandfrei festgestellt, daß der Stompag in dem Führerflugzeug vollkommen intakt war. Weiterhin steht fest, daß Wolf unmittelbar nach seiner Festnahme durch den wachhabenden Reichswehrobergerechten an diesen die Frage richtete: „Ist Reichskanzler Brüning heute in Oppeln?“ Diese Frage läßt klar erkennen, daß der polnische Flieger genau wußte, daß er sich über Oppeln und nicht, wie er später angab, über Thorn befand. Die anderen Angaben, daß er die Ober mit der Reichswehr verwechselt habe, werden damit auch unwahrscheinlich.

Das Urteil im Neuhöfener Spionageprozeß

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am Montag den polnischen Grenzwachmann Wiedzyński im Zusammenhang mit dem Grenzzwischenfall in Neuhöfen vom 24. Mai 1930 wegen fortgesetzter versuchter Auspähung militä-

Letzte Nachrichten

Amerika und die Frage der Schuldenereduzierung

Zustimmung zu Wiggins Vorschlägen, die Zeit aber noch nicht reif

New York, 13. Jan. (Tel.) Die hiesigen Bankkreise kommentieren überwiegend beifällig den Vorschlag zu einer Schuldenereduzierung, die der Präsident der Government Board der Chase Nationalbank, Wiggins, gemacht hat, obwohl vielfach der zeitweilige Ausweg eines Moratoriums an Stelle einer endgültigen Herabsetzung empfohlen wird.
„New York Times“ bemerkt, daß manche führenden Bankiers zwar gleichfalls von den wirtschaftlichen Vorteilen einer Schuldenereduzierung überzeugt seien, indeßen sich zu dieser Überzeugung nicht bekennen, da aus politischen Kreisen ihnen häufig der Vorwurf gemacht werde, daß sie um das Wohl Europas mehr besorgt seien als um das der Vereinigten Staaten. Wiggins Äußerungen werden daher allgemein als ein sehr mutiges Geständnis angesehen. Auch der Präsident der Columbia-Universität, Butler, ein führender Republikaner, bezeichnet Wiggins Darlegung als eine heilsame Erklärung.

„New York Times“ bemerkt, Wiggins könne eine Bekräftigung seiner Anschauungen in dem Jahresbericht Mellon's finden, der ein wirtschaftlich gesundes Europa als von größerem Wert für die Vereinigten Staaten bezeichnet habe als jede Eintreibung von Schulden. Allerdings dürfe man nicht erwarten, daß dieses Problem dem Kongreß oder der Washingtoner Regierung einleuchtend erscheine. Die Schuldenereduzierung ist gegenwärtig noch nicht reif für eine Erörterung, obwohl diese Erörterung zweifellos im Laufe der nächsten Zeit kommen werde. Auch Wiggins selbst schlage keine praktischen Schritte vor, aber die in seinem Jahresbericht niedergelegten Grundzüge seien stichhaltig, selbst wenn sie im gegenwärtigen Augenblick der breiten Masse und der Regierung nicht annehmbar erscheinen.

Zur Weltagrarkrise

Eine Genfer Denkschrift

Genf, 13. Jan. (Tel.) Die Berichte der Agrarsachverständigen, die in diesen Tagen in Genf zu Beratungen zusammengetreten sind, sind vom Völkerbundsekretariat zu einer Gesamtdarstellung über die Weltagrarkrise verarbeitet worden. Darin wird u. a. ausgeführt:

Hauptursache der Krise sind die fortschreitende Mechanisierung des landwirtschaftlichen Betriebes und die Desorganisation, die der Weltkrieg hervorgerufen hat. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Verbesserung der Methoden und des Produktionssystems das Agrarproblem noch mehr kompliziert hat. Der Krieg hat die Steigerung der Produktion durch die überseeischen Länder verursacht. Nach dem Krieg setzten die Bestrebungen nach wirtschaftlicher Autarkie und Protektionismus ein. Im ganzen hat die Landwirtschaft unter diesen Bestrebungen gelitten. Sie waren häufig von der Steigerung der Preise für Fertigungsgüter begleitet.

Die hauptsächlichsten Ursachen liegen in dem Mißverhältnis zwischen Verkaufspreis und Selbstkostenpreis. Der größte Teil der Agrarproduktion hat noch nicht einmal das Vorkriegspreisniveau erreicht. Dazu kommen die ständigen Schwankungen der Preise. Diese Schwankungen sind viel stärker als vor dem Krieg. Die Preise, die der Landwirt erzielt, stehen in keinem Verhältnis zu den Produktionskosten, die ständig gestiegen sind. Die Löhne stellen eine immer schwerere Belastung für den Landwirt dar, obwohl die Landarbeiterlöhne nicht das Niveau der Industriellöhne erreicht haben und den Arbeitern nur ein kümmerliches Dasein ermöglichen. Der Anteil der Löhne aus den Produktionskosten schwankt zwischen 40 und 50 Proz. In Deutschland wird die Situation durch die Verschuldung der Landwirtschaft, die auf 12 Milliarden geschätzt wird, verstärkt. Die Krise wird weiter charakterisiert durch ein abnormes Mißverhältnis zwischen dem Erlös der landwirtschaftlichen Produkte und den Preisen, die der Landwirt für seine Geräte bezahlen muß.

Die meisten Sachverständigen glauben, daß die Krise erleichtert würde, wenn für die Landwirtschaft Organisationsformen geschaffen würden, wie bessere Verkaufsorganisationen. Der Kleinverkaufspreis ist manchmal doppelt so hoch wie der Preis, den der Landwirt erhält. Die größte Bedeutung käme einer Nationalisierung des Warenabfahes durch die Produzenten zu. Hierzu wäre die Mitarbeit des Staates, die sich u. a. auf eine behördliche Preisfestsetzung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Organisationen erstrecken müßte, nötig.

rischer Geheimnisse, versuchter Tötung und wegen Raub- und Waffenvergehens zu einer Gesamtstrafe von zehn Jahren.

In der Begründung heißt es: Der Angeklagte hat fortgesetzt monatlang den Versuch gemacht, sich militärische Geheimnisse, zu verschaffen mit dem Voratz, die Sicherheit des Reichs zu gefährden. Es ist dabei auf deutschem Boden zu einer Betätigung gekommen, und zwar jedenfalls am 24. Mai 1930, als der Angeklagte den Versuch machte, einige im militärischen Interesse geheim zu haltende Gasmaschinen sich zu verschaffen und nach Polen zu bringen. Erwiesen ist auch, daß der Angeklagte auf den Zeugen Sender geschossen hat mit dem Voratz, ihn zu töten.

* Die Kosten des Verwaltungsapparates

Auch in den letzten Tagen ist wieder von führenden Staatsmännern die Notwendigkeit gepredigt worden, unserm Volke offen und rückhaltlos zu sagen, wie in Wahrheit seine Lage ist. Eine solche Mahnung kann gar nicht willig genug beachtet und befolgt werden. Denn, wenn irgend etwas die unheilvolle Zerrissenheit unseres Volkes zu erklären vermag, dann ist es die Unwissenheit. Und aus dieser Unwissenheit wird eine Agitation gespeist, die hüten wie drüben alles Maß übersteigt.

Eine Schilderung der Lage, wie sie wirklich ist, muß dazu führen, daß mit dem Optimismus, also einer übertriebenen und leichtfertigen Hoffnungsfröhlichkeit, aufgeräumt wird. Sie muß aber auch zu der Erkenntnis führen, daß ein hemmungsloser Pessimismus ebensowenig berechtigt ist. Wie immer, wird die Wahrheit in der Mitte liegen. Eine unbefangene Unteruchung wird zeigen, daß die Lage wohl sehr ernst und sehr kritisch, aber durchaus nicht hoffnungslos ist, daß es vielmehr manche Tatsachen gibt, die eine Stimmung der Verzweiflung geradezu zu einer Verfündigung am Genius unseres Volkes stampelt. Schon allein der Umstand, daß das deutsche Volk jahrelang die Milliarden und Milliarden aufbringen konnte, um seine Millionen von Arbeitslosen vor dem Verhungern zu bewahren, das ist und bleibt auch dann eine gigantische Leistung nationaler Lebenskraft, wenn man zu der Einsicht gelangt, daß schon seit einiger Zeit der Augenblick gekommen ist, wo sich diese Belastung in Verbindung mit der Last der Reparationen und der öffentlichen Abgaben nicht mehr tragen läßt.

Wir werden an Hand einwandfreien Materials zu unteruchen haben, wo in Wahrheit die Hauptschäden unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik liegen, und wo demgemäß die Reformarbeit einzusetzen hat. Ziffern sollen es in erster Linie sein, die zum Leser sprechen.

Der teure Verwaltungsapparat im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden ist es, der uns heute zu beschäftigen hat. Die wenigsten wissen, in welchen Zahlen sich diese Kostspieligkeit ausdrückt. Um so erfreulicher ist es, daß dieser Lage bei einer Veranstaltung des Karlsruher Windthorstbundes der Reichstagsabgeordnete Erfting (Zentrum) in einer ausführlichen Rede genaue Ziffern aus dem Etat mitgeteilt hat, die gerade in dieser Beziehung höchst erwünschten Aufschluß geben.

Vorausgeschickt möchten wir folgendes: Durch den Friedensvertrag von Versailles hat das Reich ungefähr ein Fünftel seines bisherigen Gebietes verloren; und damit haben sich naturgemäß auch die Verwaltungsaufgaben um einen ganz bestimmten, gewiß nicht kleinen Prozentsatz verringert. Bei gleichgebliebenen Verhältnissen müßte also — von der Arbeitslosenversicherung und den Tributzahlungen abgesehen — der Verwaltungsapparat heute eher etwas billiger arbeiten. Nun sind die Verhältnisse aber nicht die gleichen geblieben. Was früher eine Mark kostete, kostet heute nach dem Index im Durchschnitt rund 1,40 RM.

Legen wir dieses Verhältnis zugrunde, dann wäre es also normal und vernünftig, wenn unser gesamter Verwaltungsapparat etwa um 40 Proz. teurer wäre, als vor dem Kriege. Faktisch betragen die Ausgaben schließlich in Reich, Ländern und Gemeinden 1927/28 mehr als das Zweieinhalbfache des Betrages von 1913/14. Die Reparationen sind dabei ganz außer Berücksichtigung geblieben. 1913/14 machten die erwähnten Ausgaben rund 7,080 Milliarden aus, 1927/28 rund 18,990 Milliarden! In dieser letzteren Ziffer sind die Aufwendungen für Kriegsvorjorgungen mitenthalten.

Betrachten wir nun die persönlichen Verwaltungskosten. Diese haben 1913/14 im Reich, in den Ländern und Gemeinden rund 2,211 betragen, sie betragen für das Etatjahr 1928/29 rund 5,593 Milliarden; das heißt, sie sind um das Zweieinhalbfache gestiegen! Und zwar hat es dabei seit der Stabilisierung der Mark noch einen ganz besonderen, gewaltigen Aufschlag gegeben. Während die persönlichen Verwaltungskosten für 1925/26 rund 4,274 Milliarden betragen und für 1926/27 sogar auf 4,115 Milliarden herabsanken, sind sie, wie eben erwähnt, für 1928/29 auf rund 5,593 Milliarden gestiegen! Dieses gewaltige Anschwellen ist natürlich zurückzuführen auf die Gesetzgebung des Jahres 1927.

Die Ziffern des Etatjahres 1926/27 waren immerhin noch erträglich, wenn allerdings auch sie über den Index

fast von 140 Proz. hinausgingen. Jedenfalls würde ein Vergleich unserer jetzigen Ausgaben mit denen dieses Staatjahres 1926/27 jedem Finanzpolitiker deutlich zeigen, wo der Hebel anzusetzen wäre, um wieder zu einem Verwaltungsapparat zu kommen, der unsern Vermögens- und Einkommensverhältnissen als Volk entspricht.

Denn darüber wird heute nicht mehr gestritten, daß unser Volk aus eigener Kraft die Kosten für diesen ungeheuren Verwaltungsapparat nicht mehr tragen kann, und zwar unter gar keinen Umständen tragen kann, wenn noch die Belastungen für Arbeitslosenversicherung und für Tribute (Reparationen) hinzukommen. Wo sollen wir aber sonst die Mittel hernehmen? Vom Ausland können wir sie nicht mehr borgen. Wir werden morgen auseinanderzusehen haben, wie groß unsere Verschuldung aus Ausland bereits ist. Wir müssen also selber Mittel und Wege finden, um den Verwaltungsapparat auf einen normalen Stand zu bringen. Und, wenn das Parlament solche Mittel verweigert, werden sie unter Zurückgreifen auf Artikel 48 gefunden werden. Wenn jemals die Zitierung dieses Artikels angebracht war, so ist sie es jetzt, angeht es eine Not, die alles bisher Erlebte in Schatten stellt.

Die Frage der Arbeitsdienstplicht

Ablehnung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Das Reichsarbeitsministerium hatte für Montag die Spitzenverbände und einzelne Persönlichkeiten zu einer Aussprache über die Frage der Arbeitsdienstplicht nach Berlin eingeladen. Nach mehrstündiger Debatte lehnten die Vertreter der Wirtschaftsbereiche der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Einführung der Arbeitsdienstplicht insbesondere aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen ab.

Ein weiterer Grund der Ablehnung wurde darin erblickt, daß man sich erfahrungsgemäß von erzwungener Arbeit keine befriedigenden Ergebnisse versprechen könne. Außerdem sei es zweifelhaft, ob genügend Arbeitsgelegenheiten beschafft werden könnten. Allgemein wurde die Veröffentlichung des Materials über diese Frage gefordert. Anschließend an diese Besprechungen wurde die Frage der Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes, besonders für jugendliche Erwerbslose, erörtert. Von den meisten Vertretern wurden ähnliche Gedanken wie gegen die Arbeitsdienstplicht geäußert und das Reichsarbeitsministerium gebeten, den jugendlichen Erwerbslosen auch weiterhin seine besondere Fürsorge angebeihen zu lassen.

Ruhestandsvertrag verbindlich

Der Reichsarbeitsminister hat am Montag, wie zu erwarten war, den für den Ruhrbergbau ergangenen Schiedspruch, der eine sechshundertprozentige Lohnkürzung bestimmt, für verbindlich erklärt. Die vorhergehenden Nachverhandlungen waren ergebnislos, da beide Parteien an ihrem bekannten Standpunkt festhielten.

Mit der Verbindlichkeitsklärung ist das neue Lohnabkommen bindend geworden. Die zum 15. ausgesprochenen Stundungen gelten als zurückgenommen, so daß eine Unterbrechung der Arbeit nicht eintritt. Eine Schwierigkeit wird sich vielleicht noch ergeben, daß die Lohnkürzung vom 1. Januar ab, also rückwirkend, eintritt. Das bedeutet für die Arbeiter, daß ihnen die zuviel gezahlten 6 Prozent bei der nächsten Lohnzahlung abgezogen werden.

Gehaltsverhandlungen im Ruhrbergbau

W.D. Essen, 13. Jan. (Tel.) Für die Gehaltsverhandlungen der technischen und kaufmännischen Angestellten des Ruhrbergbaues hat der Beschäftigtenverband als Termin den 21. Januar in Aussicht genommen, doch sind die Einladungen an die Angestelltenvereinigungen noch nicht herausgegangen.

Schiedspruch bei der Reichsbahn

48-Stunden-Woche für Werkstättenarbeiter
In dem schon seit längerer Zeit schwebenden Arbeitszeitkonflikt bei der Reichsbahn ist von der Schlichterkammer unter Vorsitz von Dr. Wülfel (Bremen) ein Schiedspruch gefällt worden. Er bestimmt auf Grund des neuen Reichsbahngesetzes für die in den größeren Güterböden und Werkstättenbetrieben beschäftigte Arbeitergruppe sowie für weitere kleinere Gruppen von Arbeitern (insgesamt etwa 220 000) grundsätzlich die 48-Stunden-Woche, an Stelle einer Arbeitszeit, die bisher bis zu 56 Stunden ging. In dringenden Fällen kann die Reichsbahnverwaltung eine Mehrarbeitszeit bis zu 130 Stunden im Jahr verlangen, ebenso können die im Sonntagsdienst beschäftigten Arbeiter bis zu 56 Stunden herangezogen werden. Für die andere Gruppe, die im Betriebs- und Verkehrsdienst tätig ist, etwa 180 000 Arbeiter, bleibt die Arbeitszeit wie bisher.

Thüringen und das Reichsbanner

W.D. Weimar, 13. Jan. (Priv.-Tel.) Auf die Mitteilung der Reichsregierung an die thüringische Regierung, daß die Zustimmung zu dem von Thüringen beschlossenen Verbot der Ortsgruppe Gera des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold nicht erteilt werden könne, da eine Verletzung der Art. 177, 178 des Vertrages von Versailles nicht vorliege, hat das thüringische Ministerium des Inneren heute dem Reichsinnenminister geantwortet.

Unter Bezugnahme auf das Stahlhelmverbot im Rheinland, dem nach Ansicht des thüringischen Innenministeriums derselbe Tatbestand zugrunde liege, bittet das Innenministerium den Reichsinnenminister, seine Auffassung darüber mitzuteilen, worin der grundsätzliche Unterschied zwischen der Abung des Stahlhelms im Rheinland und der Abung des Reichsbanners zu erblicken sei. Dem thüringischen Innenministerium erscheint es notwendig, für die Zukunft über die Stellungnahme des Reichsinnenministers zu der Frage der Abungen von Verbänden Klarheit zu erhalten, um danach sein Verhalten einstellen zu können.

Auf einer Reichstagung des Christlich-Sozialen Volksdienstes in Kassel, an der auch die Landtagsabgeordneten aus den Ländern Preußen, Württemberg, Sachsen und Baden teilnahmen, wurde der einmütige Ausdruck gegeben, daß der besondere Wert der gegenwärtigen Regierung darin bestehe, daß sie sich frei von politischen und fraktionellen Bindungen halte. Es wird erwartet, daß die Regierung während dieser Haltung nicht durch Beteiligung an irgendwelcher Parteiengruppe aufgebe. Auf die Notwendigkeit wurde hingewiesen, mit allen Kräften eine Umstellung der Außenpolitik im Sinne einer aktiven Revisionspolitik zu erstreben.

Noch immer Vorkonferenz

Frankreich für Entwaffnung — der anderen

W.D. Paris, 13. Jan. (Tel.) „Revue Parisienne“ berichtet über eine Sitzung der Vorkonferenz. Auf der Tagesordnung habe die Liquidierung des Interalliierten militärischen Komitees von Versailles gestanden, das die Aufgabe hatte, der Vorkonferenz in allen militärischen Fragen, namentlich hinsichtlich der Durchführung der Entwaffnungsklausel des Friedensvertrages beizustehen.

Im einzelnen berichtet „Deux“: Auf Antrag des englischen Vorkonferenzmitglieds Lord Lytton, habe die Vorkonferenz das sogenannte Interalliierte militärische Komitee von Versailles aufgelöst. Es scheint aber, daß die Franzosen einen Antrag zur Annahme gebracht haben, durch den ebenfalls nach dem „Deux“ General Barattier beauftragt worden ist, die militärischen Fragen zu verfolgen, die sich auf die Durchführung der Verträge beziehen.

Sparankampfsfeldzug in England

W.D. London, 13. Jan. (Tel.) „Morning Post“ zufolge, soll am 27. Januar mit einer großen Versammlung in London ein Feldzug zugunsten größerer Sparankampfe bei kommunalen und staatlichen Ausgaben eingeleitet werden. Die Bewegung trägt nicht parteipolitischen Charakter, was schon daraus hervorgeht, daß der Liberale Lord Grey und der Konservative Sir Robert Horne, ein ehemaliger Schatzkanzler, zu den Rednern gehören. „Morning Post“ erklärt, es sei klar, daß keine der politischen Parteien sich zur Annahme eines großzügigen Sparankampfsprogrammes entschließen werde, wenn nicht die öffentliche Meinung einen energischen Druck ausübe.

Die Sowjetwahlen

W.D. Moskau, 12. Jan. (Tel.) In der gesamten Sowjetunion ist gegenwärtig die Wahlkampagne für die Sowjets im Gange, die sich laut Mitteilung der Telegraphenagentur der Sowjetunion in diesem Jahre durch besonders rege Beteiligung der Bevölkerung auszeichnet. Nach den ersten Angaben über die Wahlen der Dorfsowjets, beträgt die Wahlbeteiligung durchschnittlich 70 Prozent, gegenüber 60 Prozent bei den letzten Wahlen, 1929. Die Gesamtzahl der Stimmberechtigten beläuft sich auf 83 Millionen, gegenüber 74 Millionen im Jahre 1929. In Leningrad erreichte die Wahlbeteiligung 96 Prozent.

Amerikanische Novelle

zum Urheberrechtsgesetz

W.D. Washington, 13. Jan. (Tel.) Nach achtjähriger Beratung und Anhörung der Interessentenverbände ist nunmehr aus über 10 Entwürfen eine endgültige Fassung der Novelle zum Urheberrechtsgesetz geschaffen worden, deren dritte Lesung morgen zur Endabstimmung in der Repräsentantenversammlung führen wird.

Der Entwurf sieht den Eintritt zur Berner Übereinkunft von 1886 zu der in Berlin 1908 revidierten Konvention und zum Berner Zusatzprotokoll von 1914 vor. Dadurch sind die Werke von Angehörigen aller Signatarstaaten in den Vereinigten Staaten automatisch geschützt. Die Eintragung in das Register in Washington ist nicht mehr Voraussetzung für die Anerkennung des Urheberrechtes, sondern nur Beweismittel. Hierfür werden wie bisher 2 Dollar an Gebühren erhoben. Geschützt werden Bücher, Zeitungen, Vorträge, dramatische, musikalische Werke, Landkarten, Zeichnungen, Photographien und Kunstwerke sowie deren Reproduktionen. Der Schutz erstreckt sich auf Übersetzung, Verfilmung, Aufführung, Vertonung, Verbreitung durch Radio, Telephon und Telegraph, Schallplatten. Bei Bauwerken ist nur der Plan geschützt, nicht die Baumethode oder das Recht, Aufnahmen davon zu machen. Die Dauer des Copyrights läuft für die Zeit des Lebens des Autors und 50 Jahre nach seinem Tode. Bei Verletzung des Copyrights kann Schadenersatz geltend gemacht, aber nicht eine strafrechtliche Verfolgung angestrengt werden.

Denkschrift Albert Thomas'

für die Europa-Konferenz

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf hat für die europäische Konferenz eine Denkschrift verfaßt, in der eine Reihe von sozialen Fragen aufgeführt werden, die sich nach der Ansicht des Internationalen Arbeitsamtes für eine europäische Regelung eignen. Thom' s rechnet dazu an erster Stelle die Kohlenfrage. Thomas ist der Ansicht, daß die nächste Arbeitskonferenz im Sommer dieses Jahres zu einem Ergebnis über die Regelung der Arbeitszeit im internationalen Kohlenbergbau führen werde. Andere soziale Fragen, die hauptsächlich europäischen Charakter hätten, seien: Die Arbeitsbedingungen auf den Flößereien, die Verhütung von Unfällen beim Kuppeln von Eisenbahnwagen, das Wanderverschiffwesen, die Fragen der Arbeitslosigkeit und der landwirtschaftlichen Krise.

Entwurf einer Bundesverfassung für Indien

Der von dem Lordkanzler in der Konferenz am Nunden Tisch in London verlesene Bericht sieht für Indien eine Bundesverfassung vor, die den Indern die politische Verantwortung gibt, während die vollziehende Gewalt in den Händen der Krone oder des Generalkommissars bleibt. Der Generalkommissar ernimmt den Ministerrat, der den geschäftlichen Verhältnissen verantwortlich ist. Während einer gewissen Übergangsperiode wird der Generalkommissar die Verantwortung für die Landesverteidigung und die auswärtigen Beziehungen tragen, einschließlich der Beziehungen zu den indischen Staaten außerhalb des Bundesrahmens. In einigen bestimmten Fällen kann der Generalkommissar unter eigener Verantwortung handeln und Vertreter ernennen, die in der geschäftlichen Verhandlung das Wort zu ergreifen das Recht haben.

Das amerikanische Rote Kreuz für die Farmer. Mit Genehmigung des Präsidenten Hoover richtete das Washingtoner Büro des Roten Kreuzes einen Aufruf an seine 3000 Zweigstellen in den Vereinigten Staaten, in dem sie aufgefordert werden, so schnell wie möglich 10 Millionen Dollar zu sammeln, um den durch die Dürre des letzten Sommers in Schulden geratenen Farmern Nahrung und Kleidung sowie Futter für ihr Vieh liefern zu können. In dem Aufruf wird jeder Zweigstelle mitgeteilt, welchen Prozentsatz der vorgeschriebenen Gesamtsumme sie aufzubringen habe.

Unruhen auf den Philippinen. Die Eingeborenenpolizei hat die letzten Samstag von religiösen Fanatikern eingenommene Stadt Layud auf Luzon zurückerobert. Die Aufständischen hatten die amerikanische Fahne verbrannt. Bei den Kämpfen sind elf Personen, darunter zwei Frauen, getötet worden. Die Ursache der Unruhen wird auf den durch kommunistische Propaganda entfachten Fanatismus zurückgeführt.

Wächst das deutsche Volk?

Noch schlecht die deutsche Bevölkerungsbilanz jährlich mit einem Geburtenüberschuss ab. Auch im Jahre 1929 hat sich daran grundsätzlich nichts geändert. Ein ständige Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung könnte daher leicht zu der Annahme verleiten: es drohe, wenigstens von dieser Seite her, für die Zukunft Deutschlands keine Gefahr. Tatsächlich liegen die Dinge anders. Die Zeiten schneller Zunahme unseres Volks sind vorüber. Das rapide Absinken der Geburtenziffer rückt mit Recht, als ein Problem von entscheidender Tragweite, in den Vordergrund öffentlicher Erörterung.

Vergleicht man die Bevölkerungsbilanz des Jahres 1929 mit denen der Vorjahre, so spricht die Gegenüberstellung eine unmissverständliche Sprache. 1927 betrug der Geburtenüberschuss: 405 000, 1928: 443 000, 1929: 341 000. Das ist ein bemerkenswerter Rückgang. Nun liegen allerdings hier zum Teil Umstände besonderer Art vor. Die langanhaltende strenge Kälteperiode im Frühjahr 1929 hatte eine starke Zunahme der Sterbefälle und eine erhebliche Verminderung der Geburten zur Folge. Die amtliche Statistik schätzt den gesamten durch die Kälteperiode verursachten Bevölkerungsverlust auf rund 90 000. Die darüber hinausgehende Verminderung des Geburtenüberschusses aber spiegelt die in der Nachkriegszeit allgemein zu beobachtende Tendenz rückläufiger Bevölkerungszunahme deutlich wieder.

Der Geburtenrückgang ist dabei von entscheidender Bedeutung. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug im letzten Kriegsjahre 1918: 1,84 Millionen, im Jahre 1928: 1,18 Millionen, 1929: nur 1,14 Millionen. Auf 1000 Einwohner kamen 1918 rund 27 Lebendgeborenen, im Jahre 1928: 18,6, im Jahre 1929: 17,0. Und schließlich eine weitere, nicht minder bedeutsame Zifferreihe, die der allgemeinen Fruchtbarkeit: entfielen im Jahre 1913 auf je 1000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren noch 166 Lebendgeborene, so war diese Zahl 1928 auf 71, 1929 auf 68 abgesunken. Das Hauptproblem der deutschen Bevölkerungsentwicklung, der Geburtenrückgang, tritt also im Jahre 1929 mit größerer Schärfe hervor als in den Vorjahren. Am ungünstigsten schneiden dabei die Großstädte ab. Nur ein Beispiel: auf 1000 Einwohner Berlins entfielen 1913: 19 Lebendgeborenen, 1929: nur noch 10. So erklärt es sich auch, daß die Bevölkerungsbilanz der Reichshauptstadt — wenn man es so ausdrücken will — stark passiv ist: es sind hier im Jahre 1929 rund 11 000 Menschen mehr gestorben als geboren.

Den Besorgnissen über diese Entwicklung läßt sich nicht mit dem Hinweis begegnen: noch wachse das deutsche Volk, noch sei die Lage nicht kritisch. Exakte statistische Berechnungen haben vielmehr mit eindeutiger Klarheit ergeben, daß die Fortpflanzung gegenwärtig bereits nicht mehr ausreicht, um den heutigen Bevölkerungszustand zu behaupten. Die zahlenmäßig dünn besetzten letzten Jahrgänge werden nämlich später, wenn sie erwachsen sind, eine weit schmäleren Fortpflanzungsbasis bilden, als heute noch die dicht besetzten Vorkriegsjahrgänge. — Das Problem des Geburtenrückgangs erfordert also heute bereits, trotzdem ziffernmäßig immer noch ein Geburtenüberschuss errechnet wird, sorgsamste Beachtung.

Österreich und das Deutsche Reich

In einem Vortrage über dieses Thema behandelte Universitätsprofessor Dr. Adolf Günther, Obmann der Landesgruppe Tirol des Österreichisch-Deutschen Volksbundes (Innsbruck) im Auditorium Maximilian der Innsbrucker Universität zunächst die Anschlussfrage. Der Anschluss werde uns nicht als reife Frucht in den Schoß fallen, die Anschlussfrage, die weit komplizierter liege, müsse anausschließlich in Bewegung gehalten werden; denn es gebe auch politische Kreise, die den Zusammenschluß der Deutschen in Europa keineswegs als logische Zukunftsentwicklung sahen. Der Zusammenschluß müsse daher zuerst auf dem Boden des alten Österreich erfolgen; es müsse an der Herausarbeitung des öffentlichen Willens gearbeitet werden, der uns zum Teil heute noch fehle. Wenn man von Turner, Schützen und Sängerverbänden höre, könne man glauben, daß der Anschluss kein Problem mehr sei. Frage man aber führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die zwar gut deutsch, aber in der Anschlussfrage skeptisch sind, dann erkenne man die Notwendigkeit der Schaffung eines öffentlichen Meinungs. Man könne darüber streiten, ob Briand's Panuropa-Plan und ein Mitteleuropa im deutschen und österreichischen Sinne im Endziel vereinbar seien. Wertwichtig sei es, daß Frankreich die Neuordnung der politischen Dinge in Europa nicht für befriedigend betrachte, obwohl es glaube, mit Hilfe der Kriegsschuldwidrigkeit in den Friedensverträgen eine dauernde Ordnung in Europa aufgebaut zu haben. Vielleicht bestehe ein Zusammenhang zwischen dem Panuropa-Plan und dem Anschluss. Vielleicht liege im PanEuropa-Plan die psychologische Absicht eingeschlossen, dem Anschluss den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ein grundsätzlicher Gegensatz brauche Panuropa und Mitteleuropa nicht zu sein, denn Panuropa brauche ein geordnetes Mitteleuropa. Die Umstellung in unserem Sinne müsse indes anders aussehen als jene des französischen Projekts.

Übergehend zum deutsch-österreichischen Handelsvertrage, dem der österreichische Nationalrat damals die Ratifizierung verweigerte, bezeichnete Redner als dessen Hauptschwierigkeit die Passivität der österreichischen Handelsbilanz gegenüber Deutschland. Denn während das Deutsche Reich im Jahre 1929 für 690 Millionen Schilling nach Österreich einfuhr, betrug die Ausfuhr Österreichs nach Deutschland nur 350 Millionen Schilling. Es sei möglich, daß es wegen der Weisbegünstigungsklausel zunächst überhaupt nicht zum Abschluss des Handelsvertrages komme, doch könne, wenn beide Länder auf eine selbständige Tarifpolitik verzichteten, eine spätere engere Verflechtung der Wirtschaft erreicht werden. Österreich sei inzwischen eine Reihe von Bindungen nach anderen Richtungen eingegangen, daher sei es für die Anschlussfrage um so unerlässlicher, den Zeitablauf zu nützen.

Der Remarquefilm. Nach einer Havasmeldung besuchten unter Führung des badischen Landtagsabgeordneten Ruhbaum (Freiburg) 100 deutsche Sozialdemokraten am Sonntag Straßburg und wohnten der Vorführung des Filmes „Im Westen nichts Neues“ bei. — Während der Premiere des Films in Riga wurden Eintomben geworfen. Zwei Personen wurden zwangsgeführt, die beide deutscher Nationalität sind.

Die spanischen Wahlen. An autorisierter Stelle in Madrid kündigt man an, die Verordnung zur Ausschreibung der Wahlen werde vor dem 7. Februar fertiggestellt werden, also dem Tage, an dem die Wahlvorbereitungsperiode beginnt, die mindestens 20 Tage umfaßt.

Blutige Zusammenstöße in Bombay. Infolge der gemeldeten Hinrichtung von vier Personen wegen ihrer Beteiligung an der Ermordung von Polizeibeamten bei den Unruhen in Scholapur vom Mai 1930 kam es in Poona und Bombay zu Volksaufläufen und Protestkundgebungen. In Bombay kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. 20 Personen wurden verletzt.

Kurze Nachrichten

Zum polnischen Gesandten in Berlin wurde der bisherige Staatssekretär im polnischen Außenministerium, Dr. Alfred Wylski, ernannt.

Verbot einer Reichsbannerparade in Weimar. Die Ortsgruppe Weimar des Reichsbanners hatte für Montag abend eine Versammlung in das Stadthaus einberufen. Die Thüringische Polizeidirektion verbot jedoch diese Versammlung mit der Begründung, daß bei der zur Zeit bestehenden politischen Hochspannung mit schweren Ausschreitungen gerechnet werden mußte.

Für Auflösung des Landtages von Anhalt sprach sich die Deutsche Volkspartei auf einem Landesparteitag aus. Die Auflösung soll durch Volksbegehren und Volksentscheid angestrebt werden. Ferner verneinte der Landesparteitag die Notwendigkeit des von der Sozialdemokratie verlangten Anschlusses Anhalts an Preußen und bezeichnete deren Vorgehen in dieser Frage als eine rein parteipolitische Aktion.

Das neue **Reichsamt für** die Reichsanwaltschaft hat seine Amtsgeschäfte übernommen.

Reichsanwaltschaft. Nach einem Bescheid des Reichsrats sind dem Reichsamt für die Reichsanwaltschaft die öffentlichen Anwaltschaften der Länder übertragen. Die Vorsitzenden der Anwaltschaften in den verschiedenen Gerichtsbezirken waren schon bisher in einer Vereinigung für das ganze Reich zusammengeschlossen. Diese Vereinigung soll durch das neue Gesetz unter dem Namen „Reichsanwaltschaft“ ein festes juristisches Gefüge als anerkannte Berufsvertretung erhalten.

Besprechungen über das Stichtilgesetz. In einer Besprechung, die am Montag in Berlin unter dem Vorsitz des Reichsministers Treubner stattfand, wurde das Stichtilgesetz, das vom Reichskabinett am 19. Dezember grundsätzlich beschlossen worden ist, in seinen Einzelheiten durchberaten. Der Gesetzentwurf wird noch einmal durchgearbeitet und dann erneut dem Kabinett zugeleitet. Sobald gilt als sicher, daß der bekannte Silberberg'sche Vorschlag, der eine Verewigung der Industriebelastung bedeuten würde, dem Inhalt des Gesetzes nicht zugrunde liegt.

Ein englischer Finanzberater für Nanking. Der Leiter der Wirtschaftlichen Abteilung des Völkerbundes, Sir Arthur Salter, ist von der chinesischen Regierung eingeladen worden, wegen des wirtschaftlichen Aufbaues Chinas zuständigen Rat zu erteilen. Salter hat die Einladung angenommen und will sich von Indien direkt nach Nanking begeben.

Deutschlands Fremdenverkehr

In den drei ersten Vierteljahren von 1930 sind von übersee durch die deutschen Schiffahrtsgesellschaften insgesamt etwa 435 000 Passagiere nach Europa befördert worden, davon sind 62 888 aus Nordamerika, 11 878 aus Südamerika, 214 von Afrika, 171 von Ostasien und 4274 von europäischen Häfen kommende Reisende, insgesamt also 79 420 in deutschen Häfen gelandet.

Der Fremdenbesuch aus Amerika ist im allgemeinen und besonders in den Städten München, Heidelberg, Wiesbaden und Freiburg außergewöhnlich gestiegen. In München war er im Sommerhalbjahr mit 43 100 Amerikanern um 85 Proz. stärker als 1929, in Heidelberg stieg er um 31 Proz. auf 22 250, in Wiesbaden um 55 Proz. auf 18 382 und in Freiburg um 34 Proz. auf 3719. Daß der Amerikanerbesuch jedoch nicht von der Weltwirtschaftskrise unbeeinträchtigt geblieben ist, zeigt das Beispiel Baden-Badens, dessen Amerikanerbesuch im Sommer um 10 Proz. zurückgegangen ist. Die Zahlen der Engländer sind u. a. in Baden-Baden um 29, in Freiburg und Heidelberg um 50-59 Proz., in Wiesbaden um 65 und in München sogar um 240 Proz. gestiegen.

Sorfortigkeit der kommunalen Abwässerreinigung

Die „Technischen Blätter“, die Wochenbeilage der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“, berichten über die Großkläranlage für die Abwässerreinigung, die nach Plänen des Direktors der Berliner Stadentwässerung, Magistratsoberbaaurat Langbein, gegenwärtig in der Nähe von Stagnersdorf errichtet wird. Die Anlage ist für eine tägliche Verarbeitung von 120 000 bis 180 000 Kubikmeter Abwasser eingerichtet und genügt damit für einen Bezirk von etwa 500 000 bis 600 000 Einwohnern. Die Anlagen sind so bemessen, daß alle zugeführten Abwässer durch die Vorkläranlage hindurchgehen; ein Teil der vorgeklärten Abwässer wird vorläufig noch den in der Nähe gelegenen Nieselsedeln zugeführt. Es handelt sich aber um eine Versuchsanlage großer Skala, durch die die Frage einer großartigen Umstellung der Berliner Abwässerreinigung geprüft werden soll. Die Hauptsache ist dabei nämlich die Einführung des sogenannten biologischen Verfahrens, durch das dem vorgereinigten Abwasser die faulnisfähigen Stoffe entzogen werden sollen. Man hofft, auf diesem Wege allmählich den allzu kostspieligen Betrieb von Nieselsedeln teilweise entbehren zu können. Das soll erreicht werden durch Anwendung des sogenannten Belebtschlammverfahrens, das zuerst versuchsweise in Essen-Kettlinghausen angewendet worden ist. Wenn es sich bewährt, wird es voraussichtlich für die Abwässerreinigung in größeren Gemeinden künftig erhebliche Bedeutung gewinnen.

Die wirtschaftliche Ausnützung des Kleinwaldbesitzes

Der in Händen kleinerer Landwirte befindliche Waldbesitz wird vielfach nicht genügend wirtschaftlich ausgenutzt, weil es den Eigentümern an finanziellen Mitteln hierzu fehlt. Der Landkreistag will deshalb eine Organisation schaffen, die die Kleinwaldbesitzer durch Beratung und geeignete Unterstützung so fördern soll, daß sie den Wald rationeller ausnützen können. Man veranschlagt diesen sogenannten Bauernwald in ganz Deutschland auf 1 Million Hektar, und außerdem gibt es auch noch in erheblichem Umfangem auf forstwirtschaftlichen Gbländ, das nur deswegen brach liegt, weil es den Eigentümern ebenfalls an den nötigen finanziellen Mitteln fehlt. Man will daher überall Waldbauvereine gründen und glaubt, durch diese Aktion viele Millionen an Volkseinkommen und Volkseinkommen neu schaffen zu können.

Keine Luftverkehrssteuer für die Reichsgründungsfeier. Das Reichsfinanzministerium hat dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung zugeleitet, wonach Veranstaltungen die aus Anlaß und zu Ehren der 90. Wiederkehr der Reichsgründung stattfinden, der Vergnügungssteuer nicht unterliegen. Mit dieser Verordnung soll für die Reichsgründungsfeier am 18. Januar dieselbe Steuererleichterung herbeigeführt werden, die schon die Veranstaltungen anläßlich der Verfassungsfeier genießen. Der Reichsrat wird sich am Donnerstag dieser Woche mit der Verordnung beschäftigen.

Badischer Teil

Die Kräfte der Selbstverwaltung

Wünsche der Landgemeinden
Die Zeitschrift „Die Gemeinde“ wendet sich in einem längeren Artikel gegen Bestrebungen und Vorschläge, die dahin gehen, an Stelle der vier großen, wirtschaftlich geschlossenen und leistungsfähigen Kreisverbände etwa 27 Amtskreisverbände (Landkreise) ohne die Städte zu bilden und sie von Staatsbeamten verwalten zu lassen. Das ganze Problem des Lastenausgleichs würde dadurch auf den Kopf gestellt werden und die Verhältnisse sich gegenüber heute noch ganz bedeutend verschlechtern, denn ein Ausgleich zwischen Stadt und Land würde dann überhaupt nicht mehr vorhanden sein. Ein Bedürfnis für 27 Amtskreisverbände oder Landkreise ist absolut nicht gegeben. — Eine weitere Zuspitzung des genannten Organs beschäftigt sich mit der **Krise der Selbstverwaltung**. Es heißt darin u. a.:

Die Schwierigkeiten, die der Selbstverwaltung erwachsen sind, liegen nicht darin, daß die Gemeinden außerstande wären, sich selbst zu verwalten, oder daß es am guten Willen oder an der Fähigkeit dazu fehlt, denn die glänzenden Erfolge der Selbstverwaltung im letzten Jahrhundert beweisen direkt das Gegenteil. Der Grund für die verfahrenen Zustände ist vielmehr in der allgemeinen Not, die durch den verlorenen Krieg verursacht ist, und nicht zuletzt in der Beseitigung der finanziellen Beweglichkeit und in der fehlerhaften Verteilung der Lasten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu suchen. Es wird auch ein Finanz- und Lastenausgleich zwischen leistungsfähigen und leistungsschwachen Städten und Gemeinden verlangt. Die Gemeinden sind sich wohl bewußt, daß mit den Rechten der Selbstverwaltung auch Pflichten verbunden sind, die restlos erfüllt werden müssen, und sie werden sicherlich von selbst alles tun, um die Verhältnisse nach Möglichkeit zu bessern. Bedingung dafür ist aber nach der in der Zeitschrift bekundeten Auffassung, daß Reich und Länder die Voraussetzungen für ein verantwortliches Handeln in der Selbstverwaltung schaffen und damit den ersten Schritt tun, um die jetzigen Krisenerscheinungen in der durch allerlei außerhalb ihres Machtbereichs liegenden Maßnahmen bedrohten Selbstverwaltung zu beseitigen.

Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat dem Kriegsbeschädigten Christian Hermann König, Elektriker in Gersbach, der unter eigener Lebensgefahr ein Kind von Tode des Ertrinkens gerettet hat, die badische Rettungsmedaille verliehen.

Schiedspruch in der mittelbadischen Metallindustrie

In dem Lohnstreit in der mittelbadischen Metallindustrie wurde am Montag vom Landesprüflicher ein Schiedsspruch gefällt, der folgendes vorschreibt:
Die Löhne werden um 6 Proz. herabgesetzt, die Löhne der übrigen Gruppen in allen Stufen errechnen sich nach dem bisherigen Tariffußfußel. Die Akkordgrundlöhne ermäßigen sich ebenfalls um 6 Proz. Diese Regelung tritt mit der am 12. Januar 1931 beginnenden Lohnwoche in Kraft und läuft bis 30. Dezember 1931. Sie kann mit vierwöchentlicher Frist erlöschen. Auf diesem Zeitpunkt gekündigt werden, ansonsten läuft sie mit gleicher Kündigungsfrist jeweils einen Monat weiter. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 16. Januar mittags.

Aus der badischen Industrie

Aus der Zigarettenindustrie. Die Filiale Sulzfeld (Amt Bretten) der Firma Herwald, eine der größten und bedeutendsten Firmen Deutschlands in der Zigarettenverarbeitung, hat nach einer kurzen Unterbrechung die Arbeit wieder aufgenommen. Es handelt sich um eine Verlegung von über 100 Personen. — In beschränktem Umfang hat die Firma Landfried in ihrer Filiale in Diefheim (Amt Wiesloch) den Betrieb wieder aufgenommen. Da in allen anderen Zigarettenfabriken noch nicht wieder gearbeitet wird, zählt die Gemeinde gegenwärtig 660 Arbeitslose. — Die an Grund und Boden arme Gemeinde Karlsdorf (Amt Bruchsal) weist eine erschreckend hohe Zahl von Erwerbslosen auf. Es ist dies die Folge der Stilllegung der sieben Zigarettenfabriken am Platze, wie auch jener in der Umgegend, und man schätzt die Zahl der Leute, die gegenwärtig ohne Verdienst sind, auf annähernd 700. Etwa jeder dritte Einwohner ist erwerbslos.

Die Ziegelwerke von Kaiser & Röhrer in Döpfung (Amt Buchen) beabsichtigen ihren Betrieb stillzulegen und voraussichtlich im April wieder aufzunehmen. Es sind für den Augenblick genügend Warenvorräte vorhanden. Zunächst werden 55 Arbeiter beschäftigungslos.

Schiedspruch in der badischen Papierindustrie. Nach dem am Montag in Freiburg gefällten Schiedspruch in der badischen Papierindustrie wurde der Lohn um 5 Reichspfennig gesenkt. Der neue Tarif läuft bis 31. Juli 1931. Erklärungsfrist der Parteien ist der 16. Januar.

Tagungen

Der Verband der badischen Kaningengüter, der 400 Mitglieder umfaßt, hielt in Wehrheim seine Landesversammlung ab, die mit einer gutbesuchten Landeskaningenschau verbunden war.

Rundfunk in Zahlen

In Deutschland wurde der Rundfunk im Oktober 1929 eröffnet. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer die noch Anfang 1925 nur wenig mehr als 500 000 betragen hatte, betrug um die Jahresmitte 1930 bereits mehr als 3,2 Millionen. In den vergangenen 7 Jahren hat sich eine Radioindustrie aufgebaut, die etwa 15 000 Arbeitern Beschäftigung gibt und einen Kapitalwert darstellt, der nicht weit von einer halben Milliarde entfernt sein dürfte. Die Umsätze der Funkwirtschaft sind für 1929 auf etwa 868 Mill. Reichsmark zu schätzen. In den Vereinigten Staaten von Amerika sind von 1000 Einwohnern 104 Rundfunkteilnehmer; es folgen Dänemark mit 80, Schweden mit 72, Großbritannien mit 67 Rundfunkteilnehmern. Deutschland steht mit einer Teilnehmerzahl von 49 noch hinter Österreich mit 58 an siebenter Stelle.

Kleine Chronik

Bei Flugzeugunfällen fanden am Montag in England vier Militärlieger den Tod. In der Nähe von Misson (Grafschaft Nottingham) verunglückte ein Bombenflugzeug. Die drei Insassen konnten nur noch als Leichen geborgen werden. In der Grafschaft Essex stießen bei einem Geschwaderfluge von Einfliegern zwei Flugzeuge zusammen. Einer der Insassen, ein Offizier, war sofort tot. Im ganzen sind im neuen Jahr bisher sieben englische Militärlieger tödlich verunglückt.

Die nunmehr nur noch elf italienischen Flugzeuge des Generals Balbo landeten am Montag in Bahia und flogen am Mittwoch nach Rio de Janeiro weiter.
Der Brand in der Gummiabriebfabrik Mesler, München, hat einen Schaden von etwa einer halben Million angerichtet. Der Betrieb erleidet aber keine Unterbrechung.
Der 36 Jahre alte Kandidat des Bürgermeisteramts Luerich (Kreis Bergheim, Rheinland), Schloßmer, ist unter Mitnahme der unterschlagenen Gemeindefasse, in der sich über 100 000 M befanden, flüchtig. Man nimmt an, daß er nach Holland geflüchtet ist.
In Reichenbach (Vogtland) wurde der Amtsgerichtsrat Schubert in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. Seine Ehefrau lag mit eingeschlagenem Schädel tot im Bett. Es liegt zweifellos Mord und Selbstmord vor.

Nach einer Meldung aus Paris ist wieder ein Bankier verhaftet worden, und zwar der Leiter der Filiale einer Pariser Bank, Gerhardt, der 800 000 Franken unterschlagen haben soll.
In Salno (Ungarn) wurde heute, Dienstag früh, die Bäuerin Kardos, die zum Tode durch den Strang verurteilt worden war, weil sie ihren Gatten und ihren Sohn mit Arsenik vergiftet hatte, um sie beerben zu können, hingerichtet.

Ein neuer Ausbruch des mitteljapanischen Vulkans Merapi ist erfolgt. Der Vulkan warf neue Lavamassen aus, die sich mit einer Geschwindigkeit von 30 Stundenmeilen bergabwärts ergossen.
Ganz Japan wird von heftigen Schneestürmen heimgesucht, die bereits ungeheuren Schaden angerichtet haben. Der Verkehr ist an vielen Stellen unterbrochen. Zahlreiche Personen wurden getötet und verletzt. In der Hauptstadt herrscht strenge Kälte. Man befürchtet, daß viele Schiffe auf See untergegangen sind.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	13. Januar		12. Januar	
	Wels	Paris	Wels	Paris
Amsterdam 100 G.	169.03	169.37	169.06	169.40
Kopenhagen 100 Kr.	112.27	112.49	112.24	112.46
Italien . . . 100 L.	22.00	22.04	21.98	22.02
London . . . 1 Pf.	20.395	20.435	20.391	20.431
New York 1 D.	4.2015	4.2095	4.2005	4.2085
Paris . . . 100 Fr.	16.475	16.515	16.473	16.513
Schweiz . . 100 Fr.	81.336	81.52	81.38	81.54
Wien 100 Schilling	59.06	59.18	59.05	59.17
Prag . . . 100 Kr.	12.441	12.461	12.441	12.461

Im Konkurs der Zentrale der landw. Lagerhäuser AG, Lauerbischhofheim, soll, wie nun gemeldet wird, eine Abschlagsverteilung erfolgen. Dazu sind 260 000 M verfügbar. Zu berücksichtigen sind 2503 M bevorrechtigte und 1248 235 M nichtbevorrechtigte Forderungen.

Waggonfabrik Aktien-Gesellschaft Rastatt. Die Gesellschaft ist nach der in der Aufsichtsratsitzung am Montag vorgelegten Bilanz für das Geschäftsjahr 1929/30 in der Lage, den noch mit 288 456,97 M vorgetragene Verlustsaldo durch den im Berichtsjahr nach den üblichen Abschreibungen und Rücklagen erzielten Reingewinn von 212 229,67 M auf 76 226,30 M zu ermäßigen. Bei diesem Resultat ist zu beachten, daß die Gesellschaft von der bei anderen gleichartigen Unternehmen durchgeführten Befreiung früherer Verluste durch Sanierungsmaßnahmen absehen konnte. Generalversammlung 23. Februar 1931.

Die deutsche Zuderindustrie für das internationale Abkommen. In der am Montag in Berlin abgehaltenen Versammlung der deutschen Zuderfabriken, die nahezu vollständig vertreten waren, wurde das internationale Abkommen, das am 8. Januar mit den Vertretern verschiedener Rohr- und Nibenzuderindustrien in Berlin geschlossen worden ist, gegen eine kleine Minderheit angenommen. Im Verlauf der Sitzung wurde die Satzung der neu zu gründenden wirtschaftlichen Vereinigung der deutschen Zuderindustrie durchberaten. Auch hier hat die Zuderindustrie trotz vielfach gegeneinander laufender Interessen mit überwältigender Mehrheit dem Entwurf zugestimmt.

Frachtermäßigung für Stidstoff. Das Stidstoff-Syndikat teilt mit: Die am 1. Februar für Düngemittel eintretende Frachtermäßigung der Reichsbahn wird auch vom Stidstoff-Syndikat den Abnehmern restlos weitergegeben werden. Sobald die Berechnungen abgeschlossen sind, wird der auf das Kilogramm Stidstoff zu vergütende genaue Einheitsfuß bekanntgegeben.

MARKE

"TEEKANNE" billiger!

Ermäßigte Preise
Für die Sorten Gelb, Braun, Grün, Schwarz, Blau, Rot, Gold
50 Pfennige pro Pfund

Neu eingeführt
Friesensilber 50-g-Paket 70 Pf.
Teespitzen 50-g-Paket 55 Pf.

Trotz Preissenkung unveränderte Abgabe der Porzellan-Prämien gegen Einsendung leerer Teekanne-Umhüllungen
Man verlange beim Einkauf Prospekt

Hiermit erreicht unser Preisabbau die Grenze des Möglichen / Teekanne G. m. b. H. / Dresden-A. 24

